

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Ergebnishaushalt

Fraktion: (Bitte Fraktionsname eintragen)	AL/Grüne
---	-----------------

Seite	Produktgruppe	Lfd. Nummer	Ertrags-/Aufwandsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7 (rechnet)	8
140	11.21	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-476.745,00 €	-25.000,00 €	-501.745,00 €	Tariffreue: Der Betrag soll für externe juristische Beratung aufgewendet werden. Im Rahmen der Beratung soll erarbeitet werden, wie Tariffreue – eventuell auch Tarifgebundenheit – in Ausschreibungen der Verwaltung integriert werden kann.
158	11.25	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-32.490,00 €	-30.000,00 €	-62.490,00 €	Zuschuss zu Teilauto in Teilorten (ggf. auch dünn besiedelten Randlagen). Anschubsfinanzierung.
193	57.10	17	Transferaufwendungen	-1.040.100,00 €	-50.000,00 €	-1.090.100,00 €	Unterstützungsfonds für die "Wiedereröffnung der Altstadt" nach der Pandemie. Hier geht es primär um Aktionen und Marketing.
240	26.10	17	Transferaufwendungen	-2.356.000,00 €	-79.000,00 €	-2.435.000,00 €	Zimmertheater: Erhöhung des Zuschusses. Die strukturelle Unterfinanzierung wurde im Ausschuss dargelegt.
281	36.20	12	Personalaufwendungen	-2.258.292,00 €	-35.000,00 €	-2.293.292,00 €	50% Stelle ein*e Kinderbeauftragte*r, Das Übereinkommen der Kinderrechte basiert auf vier Grundprinzipien: dem Diskriminierungsverbot, dem Recht auf Leben und persönliche Entwicklung, dem Beteiligungsrecht und dem Kindeswohlvorrang. Zwar haben wir die Fachabteilung für Jugend und auch die Familienbeauftragte über die Eltern Kinder mit einbezogen, aber es gibt keine direkte Beteiligung der Kinder. Kinderbeauftragte vertreten die Interessen von Kindern. Sie planen, koordinieren und kontrollieren städtische Aktivitäten zur Erhöhung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bzw. passen auf, dass die Stadt kinderfreundlich bleibt. Sie geben aber auch Impulse für einen kinder- und familienfreundlichen Wirtschaftsstandort oder stellen Bedürfnisanalysen von Kindern und Familien in der jeweiligen Stadt auf. Städtische Gremien werden in Kinderangelegenheiten beraten. Mit Verbänden und Institutionen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, wird zusammengearbeitet. Sprechstunden für Kinder, Jugendliche und Eltern werden von ihnen angeboten. Sowohl Kinder als auch Erwachsene können sich bei Problemen an sie wenden. Erwachsene erhalten auch Informationen, wie sie sich aktiv für mehr Kinderfreundlichkeit einsetzen können. Kinder werden beraten und anwaltschaftlich unterstützt.
281	36.20	12	Personalaufwendungen	-2.258.292,00 €	-17.500,00 €	-2.275.792,00 €	Ferienbetreuung Eine 25 % Stelle für 2x1 Woche Ferienprogramm mit verbindlicher Teilnahme. Zielgruppe sind die 9-12 Jährigen Kinder. 6 Wochen Schulferien sind für berufstätige Eltern eine enorme Herausforderung. Es soll ein Angebot für diese Eltern sein. Das könnte eine gewisse Entlastung sein.
298	42.10	17	Transferaufwendungen	-687.903,00 €	-28.000,00 €	-715.903,00 €	Zwar sieht die Stadt eine Erhöhung der Kinder und Jugendförderung vor, um diese Mittel in die Kunstrasenplätze fließen zu lassen. Unser Ziel ist es, dass dies separat passiert, aber dennoch eine Erhöhung der KJF von 18 auf 22 vollzogen wird für die ursprünglich gesetzten Ziele dieser Fördermittel. Etwa in pädagogische Konzepte etc. Deshalb wünschen wir AL/Grüne eine separate Diskussion zu diesem Thema.
355	51.10	17	Transferaufwendungen	-91.300,00 €	-50.000,00 €	-141.300,00 €	Die Verwaltung prüft in Absprache mit den SWT im Rahmen der Planungen zu Rad(schnell)wegen, ob sich Teilstücke dafür eignen, mit Solarmodulen überdacht zu werden. Bei positivem Ergebnis unterstützt die Stadt die SWT bei der Verwirklichung eines Pilotprojekts mit € 50.000. Damit kann sowohl ein Beitrag zur Energiewende als auch zum witterungsgeschützten Radverkehr geleistet werden. Die Ausgaben sind gebunden an das Ergebnis der Prüfung.
355	51.10	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.232.050,00 €	-20.000,00 €	-2.252.050,00 €	Für Kampagnen zur Verkehrssicherheit für Radverkehr
355	51.10	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.232.050,00 €	-20.000,00 €	-2.252.050,00 €	Dauerhaft feststehende Bühne im Bereich der Freiräume, Prüfung und ggf. Planung Genderbudgeting. Es ist erwiesen, dass Mädchen oder junge Frauen weniger Räume an öffentlichen Plätzen haben, die sie nutzen. Also braucht es hier mehr Fairness in der Stadtplanung. München hat hier eine größere Studie durchgeführt und festgestellt, dass u.a. Bühnen sehr spannend sind für Mädchen. Die Stadtverwaltung prüft, wo wir eine solche Bühne aufbauen könnten und bezieht dann (weibliche) Jugendliche mit ein bei der Planung.
372	11.24.02	12	Personalaufwendungen	-6.255.983,00 €	-90.000,00 €	-6.345.983,00 €	Erhöhung des Eigenreinigungsanteils um 10 %.Gebäudereinigung 60 %, städtisch 40 % Fremdvergabe. Der Tarif der Stadt ist besser und es ist eine Aufgabe der Stadt. Die Personen müssen oft abends arbeiten, das ist für viele in Teilzeit möglich.
	52.20		Förderung im Wohnungsbau		-250.000,00 €	-250.000,00 €	Die Verwaltung wird beauftragt, ein Zuschussmodell für diejenigen gemeinwohlorientierten Wohnbauprojekte zu entwickeln, die vom Wegfall der Bundesförderung für effiziente Gebäude überrascht wurden und die nun entweder gezwungen sind auf einen weniger effizienten Gebäudestandard auszuweichen oder die Mieten erhöhen zu müssen. Bei diesem Zuschussmodell sollen besonders diejenigen Projekte berücksichtigt werden, die ihre Mietbindung zeitlich nicht befristet haben.
427	55.40	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-20.000,00 €	-20.000,00 €	Entsiegelung von Parkplätzen. In der Gemarkung Tübingen gibt es ca. 42.000 Parkplätze. Die Stadtverwaltung prüft in den äußeren Gebieten, welche dieser Parkplätze entsiegelt werden können und stattdessen Grünflächen, Bäume oder nicht versiegelte Rad-Abstellplätze etc. angebracht werden können.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Investitionsprogramm

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	AL/Grüne
--	-----------------

Seite	Projekt-Nummer	Projektbezeichnung	Lfd. Nummer	Ein-/Auszahlungsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8 (rechnet)	9
303	7.424102.0000.01	Förderung des Sports	11	Auszahlung für Investitionsfördermaßnahmen	-10.000,00 €	-5.000,00 €	-15.000,00 €	5000 € für das Projekt „Laufstrecken in Tübingen“ Die Idee ist, dass Laufstrecken im innerstädtischen Bereich ausgeschildert werden und zusätzlich als gpx Track auf der städtischen Website zum Download bereitgestellt werden. Menschen, beispielsweise Studierende die neu in der Stadt sind können somit problemlos inmitten einer ihnen noch unbekanntem Stadt interessante Laufstrecken finden.
351	7.113301.0000.04	Allgemeiner Grundstücksverkehr	7	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-2.000.000,00 €	-500.000,00 €	-2.500.000,00 €	Rückkauf Manz Gewerbegebiete
398	7.541001.3303.01	Erbeparkhaus Raunwiesen, Erschließung	8	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-150.000,00 €	150.000,00 €	0,00 €	Streichung des Ansatzes der VE 2022 auf 0 € und somit auch der Planungen 2023 und 2024 auf 0 €. Begründung: Die durch die Stadt geleistete Erschließung soll einfacher gestaltet werden. Falls das Unternehmen eine komfortablere Erschließung wünscht, dann soll dies vom Unternehmen finanziert werden.
420	7.551002.1002.01	Pumptrack 3inone Jahnallee	8	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00 €	-25.000,00 €	-25.000	Finanzierung einer Lärmschutzwand mit Klettermöglichkeit und/oder Graffitigestaltung durch Spenden und Stadtkasse. 1 Euro Spende gibt einen weiteren Euro aus der Stadtkasse. Das ganze Projekt kostet ca. 50.000 €, die Hälfte soll über Spenden abgedeckt werden.
434	7.511009.1006.04	Europaplatz Gebiet III Anlagenpark West	8	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-500.000,00 €	-200.000,00 €	-700.000	Konzeptentwicklung, Bürgerbeteiligung und Ankauf von inklusiven Spielgeräten für den neuen Spielplatz im Anlagenpark. Ein Teil der Kosten könnte über Spenden und Fördermittel eingeworben werden. Die Stadt Lohr konnte ca. 2/3 der Kosten über Spenden und Fördermittel finanzieren.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Stellenplan-Entwurf 2022

Fraktion:

(Bitte Fraktionsname eintragen)

AL/Grüne

lfd. Nr.	Bezeichnung	Antrag Fraktion	Bemerkungen
12	50% Stelle ein*e Kinderbeauftragte*r	-35.000,00 €	"50% Stelle ein*e Kinderbeauftragte*r, Das Übereinkommen der Kinderrechte basiert auf vier Grundprinzipien: dem Diskriminierungsverbot, dem Recht auf Leben und persönliche Entwicklung, dem Beteiligungsrecht und dem Kindeswohlvorrang. Zwar haben wir die Fachabteilung für Jugend und auch die Familienbeauftragte über die Eltern Kinder mit einbezogen, aber es gibt keine direkte Beteiligung der Kinder. Kinderbeauftragte vertreten die Interessen von Kindern. Sie planen, koordinieren und kontrollieren städtische Aktivitäten zur Erhöhung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bzw. passen auf, dass die Stadt kinderfreundlich bleibt. Sie geben aber auch Impulse für einen kinder- und familienfreundlichen Wirtschaftsstandort oder stellen Bedürfnisanalysen von Kindern und Familien in der jeweiligen Stadt auf. Städtische Gremien werden in Kinderangelegenheiten beraten. Mit Verbänden und Institutionen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, wird zusammengearbeitet. Sprechstunden für Kinder, Jugendliche und Eltern werden von ihnen angeboten. Sowohl Kinder als auch Erwachsene können sich bei Problemen an sie wenden. Erwachsene erhalten auch Informationen, wie sie sich aktiv für mehr Kinderfreundlichkeit einsetzen können. Kinder werden beraten und anwaltschaftlich unterstützt."
12	25 % Stelle : 2 Wochen Angebot Ganztagesbetreuung für 9-12 Jahre	-17.500,00 €	Für berufstätige Eltern sind die Ferien eine besondere Herausforderung , da sie selbst die Betreuung sicherstellen müssen. Vor allem für die großen Ferien.
12	Erhöhung des Eigenanteils der städtischen Reinigungskräfte	-90.000,00 €	Erhöhung des Eigenreinigungsanteils um 10 % . Gebäudereinigung 60 % städtisch 40 % Fremdvergabe. Der Tarif der Stadt ist besser und es ist eine Aufgabe der Stadt, die Personen müssen oft abends arbeiten das ist für viele in Teilzeit möglich.

AL/GRÜNE TÜBINGEN, POSTSTR. 2 - 4, 72072 TÜBINGEN



POSTSTR. 2 - 4
72072 TÜBINGEN
TEL.: 07071/23331
FAX.: 07071/21026
info@al.gruene.de
www.al.gruene.de

Tübingen, den 21. Februar 2022

Entfristung von zwei Medientechnikerstellen

Wir beantragen:

Die Entfristung der 2,0 AK Medientechniker, die bei der Fachabteilung Schule und Sport angesiedelt sind (Stellennummer 005.5400.152 und 005.5400.153).

Begründung:

Diese Stellen wurden im Rahmen vom Digitalpakt Schule für die Jahre 2021 und 2022 zunächst befristet für 2 Jahre geschaffen und mit einem kw-Vermerk versehen.

Die Schulen schätzen die Unterstützung der Medientechniker sehr und ihre Aufgaben fallen schulübergreifend auch nach 2022 dauerhaft an.

Um die Stellen zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, ist es dringend notwendig diese im Jahr 2022 schnellstmöglich zu entfristen. Wir beantragen deshalb einen Beschluss zum Wegfall des kw-Vermerkes bereits mit dem HH 2022.

Für die Fraktion AL/Grüne
Dr. Karin Widmayer

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Ergebnishaushalt

Fraktion: (Bitte Fraktionsname eintragen)	SPD-Fraktion
---	---------------------

Seite	Produktgruppe	Lfd. Nummer	Ertrags-/Aufwandsart	Planansatz HH-Entwurf in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1		2	3	4	5	6 (rechnet)	7
178	1123	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-69.210	-15.000	-84.210	Justitiariat: ist überlastet, u.a. Prüfung Tariftreue-Antrag ggf. extern durchführen lassen
196	6110	1	Ansatzhöhung Gewerbesteuer	141.652.670	+2.000.000	143.652.670	Kalkulation der Verwaltung angesichts der Ergebnisse und Hochrechnungen für die letzten beiden Jahre zu konservativ
196	6110	17	Erhöhung Eigenkapital GWG	-85.977.400	-1.000.000	-86.977.400	Prognostizierte Eigenkapitalquote in den nächsten Jahren deutlich rückläufig (-8%-Punkte in 5 Jahren), schwierigeres Umfeld (KfW-Förderung), neue Aufgabengebiete (Wohnraum für Auszubildende in sozialen Berufen)
198	6120	18	KDP verringern	2.582.780	-1.000.000	1.582.780	In Projekten entwickelte Prozessoptimierungen, die zu Einsparungen führen, müssen auch real den Spardruck auf die Verwaltung senken
250	2810	17	Transferaufwendungen	-2.057.390	-8.000	-2.065.390	Kunsthalle: 8000€ für Kunstvermittlung an Kinder
					+0		Kulturfonds Corona, davon PACT e.V.: 8.000€; d.a.i. e.V.: 50.000€
					+0		Projektzuschüsse: hieraus 7.500€ für das Internationale Gitarrenfestival Tübingen
259	2110	19	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-14.428.304	-7.500	-14.435.804	Anhebung des Pro-Kopf-Betrages für Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe an allgemeinbildenden Gymnasien auf 200€
281	3620	12	Personalaufwendungen	-2.258.292	-40.000	-2.298.292	Aufstockung Schulsozialarbeit: Mindestschlüssel an Gymnasien auf 1:700; an Gemeinschaftsschulen auf 1:400; Lösungsvariante 4.2 Vorlage 173/2022 (Schlüssel 1:275 an Grundschulen mit mehreren Standorten: Mehrkosten 18.920€)
311	1114-50	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-153.820	-50.000	-203.820	Kampagne Sozialberufe über den Bereich der städtischen Kitas hinaus (siehe Begleitantrag)
311	1114-50	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-153.820	-10.000	-163.820	Beitritt zum Gesunde Städte Netzwerk: Vorlage 57/2022 Lösungsvariante 4.1 + 10.000€ Anschubfinanzierung
320	3680	18	Sonstige Aufwendungen	-1.500	-200	-1.700	Beitritt zum Gesunde Städte Netzwerk: Beitrag 200€
372	1124-8	12	Personalaufwendungen	-6.255.983	-10.000	-6.265.983	Umstellung Verhältnis Eigenreinigung zu Fremdreinigung auf 60:40
162	1210	14	Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen	-411.330	-8.000	-419.330	Unterstützung der Entwicklung einer digitalen Wahlkampfhilfe ("Wahlomat") für die OB-Wahl durch Voto (gemeinnützige UG)

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Investitionsprogramm und Finanzplanung

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	SPD-Fraktion
--	---------------------

Seite	Projekt-Nummer	Projektbezeichnung	Lfd. Nummer	Ein-/Auszahlungsart	Planansatz HH-Entwurf in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen	2023	2024	2025	2026ff
1	2	3			4	5	6 (rechnet)	7				
538	7.365001.1402.01	Kinderhaus Bühl, Erweiterung	8	Auszahlung für Baumaßnahmen	-50.000	+0	-50.000	zusätzliche VE von 500.000€ in 2022, in der Finanzplanung 500.000 € in 2023	-500.000			
592	7.544001.1600.01	Ortsdurchfahrt Unterjesingen	8	Auszahlung für Baumaßnahmen	0	+0	0	in der Finanzplanung Vorziehen der 180.000 € von 2025 auf 2023, da schon vor Jahren im Zusammenhang mit nicht realistischen Tunnelbauplänen versprochen und mit am größten gegebene Verkehrsbelastung	-180.000		0	
597	7.547091.0000.01	ÖPNV, Straßenbauliche Maßnahmen	8	Auszahlung für Baumaßnahmen	-300.000	-300.000	-600.000	Mehr Bushaltestellen barrierefrei umbauen				
597	7.547091.0000.01	ÖPNV, Straßenbauliche Maßnahmen	1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	100.000	+225.000	325.000	Bundeszuschuss: Mehr Bushaltestellen barrierefrei umbauen				
601	7.551001.3201.01	Grünanlage Kirchgraben	8	Auszahlung für Baumaßnahmen	-290.000	-280.000	-570.000	Neugestaltung Ochsegarten (Vorlage 286/2021 Lösungsvariante 4a Variante 1)				
604	7.551070.0000.04	Spielplätze, Bau und Erneuerung	8	Auszahlung für Baumaßnahmen	-100.000	+0	-100.000	Darunter: Sanierung des Spielplatzes unterhalb der Kita Waldschule				
		Spielplatz Luise-Wetzel-Weg, Bau		Auszahlung für Baumaßnahmen	0	+0	0	in der Finanzplanung 100.000 € in 2023 für die Einrichtung eines Spielplatzes für kleinere Kinder am östlichen Rand (beim Umspännhäuschen) der Wiese neben der Kita Waldschule am Luise-Wetzel-Weg (Behebung eines Mangels im Quartier)	-100.000			
473	neu	Feuerwehrhaus Bühl	8	Auszahlung für Baumaßnahmen	0	+0	0	in der Finanzplanung Aufnahme von 50.000 € Planungskosten in 2023 (schrittweise Umsetzung der Feuerwehrbedarfsplanung)	-50.000			
474	neu	Feuerwehrhaus Hirschau	8	Auszahlung für Baumaßnahmen	0	+0	0	in der Finanzplanung Aufnahme von 50.000 € Planungskosten in 2024 (schrittweise Umsetzung der Feuerwehrbedarfsplanung)		-50.000		

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Stellenplan-Entwurf 2022

Fraktion:

(Bitte Fraktionsname eintragen)

SPD-Fraktion

lfd. Nr.	Bezeichnung	Antrag Fraktion	Bemerkungen
	Verlängerung Optiwohn-Programm über Juli 2022 hinaus	1 Stelle	Sperrvermerk: Bericht im Ausschuss über Programm
	Archivpädagogik	1 Stelle	Die aktuelle Stellenausstattung des Stadtarchivs ist unzureichend und ermöglicht keine archivpädagogische Arbeit; weitere Aufgabe: Unterstützung des Aufbaus eines Lernzentrums zum Nationalsozialismus
	Ausbildungcoach: Begleitung der Azubis in Kitas und Schulsozialarbeit	1 Stelle	Ziel: Attraktivierung der Ausbildungsgänge, Verringerung der Abbruchquote bei PIA-Auszubildenden, Erhöhung der Übergangsquote in Festanstellung
	Integrationsmanagement (Hilfe für Geflüchtete)	+ 2 Stellen	Umsetzung eines Stellenschlüssels von annähernd 1:100 (wie im Landkreis)
	Kommunale Gesundheitsförderung	0,5 Stellen	Umsetzung der Anforderungen aus dem Beitritt zum Gesunde Städte Netzwerk (Vorlage 57/2022 Lösungsvariante 4.1)
	Medientechniker (FA Schule und Sport)	(2 Stellen)	Entfristung, Bedarf dauerhaft gegeben
	Rechtsabteilung	+ 0,1 Stellen	Aufstockung der 0,4 Stelle auf eine halbe Stelle in der Rechtsabteilung

An die
Stadtverwaltung Tübingen

Tübingen, 28.02.2022

Begleitantrag zum Haushaltsantrag „Kampagne Sozialberufe“:

Willkommen in Tübingen! - Eine Kampagne für mehr Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsberufen in unserer Stadt

Die Stadtverwaltung initiiert eine Kampagne für Sozial- und Erziehungsberufe. Ziel ist es mehr Menschen für eine Ausbildung und die (dauerhafte) Beschäftigung in diesen Berufen vor Ort zu gewinnen und den schon bestehenden und sich aufgrund der Umstände weiter verstärkenden Fachkräftemangel in Tübingen abzumildern. Dabei geht es um die Bereiche Kindertageseinrichtungen und -tagespflege, Schulkindbetreuung, Schulbegleitung und Inklusionskräfte, Lehrkräfte besonders im Bereich der Grundschulen, Schulsozialarbeiter_innen sowie um Beschäftigte in allen Bereichen der Pflege, insbesondere der Altenpflege.

Für die Erstellung der Konzeption und für die Umsetzung der Kampagne, die den Blick auch über den Bereich der städtischen Kitas hinaus weiten soll, wird eine professionelle Werbeagentur beauftragt. Verantwortliche aus den jeweiligen Bereichen und Institutionen in Tübingen sollen dabei mitwirken. Zu denken ist dabei an die Stabsstelle für Gleichstellung und Integration, den Integrationsrat, die AHT, kit-Jugendhilfe und Sophienpflege, FAB Schule und Sport, Träger von Pflegeeinrichtungen, Infö, die Liga der freien Wohlfahrtspflege, die freien Träger in der Kinderbetreuung, die Agentur für Arbeit und nach Möglichkeit auch das UKT.

Im Rahmen eines Fachtages werden gemeinsam mit der Werbeagentur die wesentlichen Inhalte für eine erfolgreiche Kampagne entwickelt. Dabei sollen

die Themen Ausbildung, Anwerbung von Interessent_innen aus dem Ausland und Quereinstieg in solche Berufe eine zentrale Rolle spielen. Zu den Zielgruppen der Kampagne gehören auch Studienabbrecher_innen. Außerdem sollen die derzeitigen Hemmnisse für den Einstieg bzw. den Verbleib in sozialen Berufen in Tübinger Einrichtungen systematisch analysiert und dadurch weitere Grundlagen für die Werbekampagne entwickelt werden.

Die Willkommen!-Kampagne soll sich darüber hinaus an breite Kreise der Tübinger Bevölkerung richten, vor allem durch die Aufforderung nach Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für die Zielgruppen. Dieser Wohnraum könnte vor allem dadurch gewonnen werden, dass leerstehende oder untergenutzte Einliegerwohnungen wieder vermietet werden. Ein weiterer Aspekt ist die Werbung für einen (Wieder-)Einstieg in solche Berufe nach der Familienphase u.a.m.

Begründung:

Tübingen ist bekannt für seine hohe Lebensqualität und deswegen attraktiv für eine stetig wachsende Zahl von Menschen. Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum gehört allerdings nicht zu den Vorzügen des Lebens in dieser Stadt. Dies verstärkt massiv den ohnehin strukturell bedingten Fachkräftemangel in den Sozial- und Erziehungsberufen, der immer dramatischere Formen annimmt. Dieser Trend wirkt sich inzwischen unmittelbar oder mittelbar auch auf die Lebenssituation von breiten Teilen der Tübinger Bevölkerung aus. Wir brauchen eine ausreichende Zahl von Menschen mit angemessenen Qualifikationen in unserer Stadt, um den Standard von Bildung und Betreuung im Vorschul- und Schulbereich, von fachgerechter Pflege in Kliniken und Pflegeheimen und im ambulanten Bereich halten zu können.

Neben den beiden von der Verwaltung bereits angekündigten Elementen, nämlich dem Neubau von Personalwohnungen für Menschen aus Sozialberufen und einer Anwerbekampagne für Erzieher_innen ist es deswegen notwendig, die Ursachen der Mangelsituation zunächst auf einem Fachtag mit unterschiedlichen Akteuren einer genauen Analyse zu unterziehen, gemeinsam Wege für die Anwerbung und eine dauerhafte Beschäftigung alter und neuer Zielgruppen zu diskutieren und daraus weitere Elemente für eine breit angelegte und Erfolg versprechende professionell aufgelegte Kampagne zu entwickeln.

Für die SPD-Fraktion:
Ingeborg Höhne-Mack
Dorothea Kliche-Behnke

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Ergebnishaushalt

Fraktion: (Bitte Fraktionsname eintragen)	Tübinger Liste
---	-----------------------

Seite	Produkt-gruppe	Lfd. Nummer	Ertrags-/Aufwandsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7 (rechnet)	8
242	2620	19	Zuschuss Künstlerbund	14.300	+5.500	19.800	Regelzuschusserhöhung, da gestiegene Miet- und Nebenkosten sowie der Buchhaltung
414	54.70	17	Transferaufwendungen	3.297.340	-1.167.800	2.129.540	1) 365.-Euro-Ticketloser Samstagsbus im Oktober: - 900.000 € 2) Einstellung ticketloser Samstagsbus (Begründung Sperrung Parkhaus Altstadt Mitte weggefallen): - 267.800 €
?	?		Auftrag gutachterliche Unterstützung Alternativenprüfung II		+50.000	50.000	Die ISS Alternativenprüfung hat die Ideen für eine Verknüpfung des innerstädtischen ÖPNV mit der RSB und ihren 10 Bahnhöfen im Stadtgebiet und den Teilorten geliefert. Der Bürgerentscheid im vergangenen Jahr hat mit klarer Mehrheit die Innenstadtbahn als die Anknüpfung der Wahl verworfen. In den nächsten Jahren wird die RSB schrittweise in Betrieb gehen, die Tübinger RSB Bahnhöfe müssen noch früher geplant werden und hierfür braucht die Stadt das Konzept und dann einen Masterplan für einen CO2-freien und integrativ mit der RSB verschränkten städtischen ÖPNV-2030. Zudem verändert sich die Technik des öffentlichen Verkehrs (E-Fahrzeuge, individualisiertere Angebote, ab Ende der 2er Jahre autonome Konzepte). Diese Konzeption liegt in einem Schnittbereich zwischen der Zuständigkeiten von Zweckverband RSB Neckar Alb, NALDO, SWT und der Stadt. Die Universitätsstadt Tübingen täte gut daran, die koordinative Aufgabe und strategische Ausrichtung selbst zu übernehmen. Es geht um einen zentralen Baustein und Einflussfaktor zukünftigen städtischen Lebens. Wir haben deshalb hier einen ersten Betrag für eine Fortsetzung der Arbeiten der Alternativenprüfung eingesetzt. Es wird sich voraussichtlich im wesentlichen um Beratergebühren handeln. Zudem sehen wir im Stellenplan einen Verkehrsplaner vor. Die entsprechende Dotierung der Stelle müsste ggf. hier noch mit einem entsprechenden Betrag zusätzlich eingefügt werden.
?	?		Beitrag Kinder- und Jugendarbeit Sportvereine			0	Als noch geplant war, dass die drei demnächst zu erneuernden Kunstrasenplätze mit einem Eigenanteil der betroffenen Vereine teilfinanziert werden, wurde wegen der Förderungsfeindlichkeit einer direkten Rückkompensation der Vereine durch die Stadt eine allgemeine Erhöhung der genannten Beträge für alle Sportvereine geplant (um zirka 36%). Dann wurde die Finanzierung der drei nächsten Kunstrasenerneuerungen vollständig von der Stadt übernommen. Der Grund für eine gegenüber allen anderen Förderzwecken extrem hohe Anpassung um 36% ist damit zugleich weggefallen. Uns ist nicht gelungen herauszufinden warum. Entsprechende Fragen an die Verwaltung sind nicht beantwortet, ob die 36% Erhöhung trotz der Revision des Planes bei den Investkosten a) noch im Haushalt steht, b) im Zuge der Korrektur die Erhöhung der Kopfbeträge für Kinder und Jugendarbeit komplett gestrichen wurde oder c) auf eine (und dann welche betragsmäßige) Erhöhung korrigiert wurde. Für eine angemessene Erhöhung möchten wir in den Haushaltsgesprächen hinwirken. Uns fehlen aber bisher die erforderlichen Daten.
196	61.10	1	Steuern und ähnliche Abgaben	141.652.670	-3.176.743	138.475.927	Inhaltliche Zielsetzung: die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 560 auf 660 Punkte, vollzogen mit dem Haushalt 2021, wird rückgängig gemacht. Der Haushaltsabschluss 2020 und das absehbare Ergebnis des Haushalts 2021 haben - anders als prognostiziert - die Bildung einer Ergebnisrücklage in einer Größenordnung von 10 Mio. € ermöglicht. Die Erhöhung der Grundsteuer war vor diesem Hintergrund zum Haushaltsausgleich nicht erforderlich. Die Belastung der Haushalte mit einer, in dieser Höhe nicht absehbaren, Inflation und der bislang nicht ausreichend erfolgte Ausgleich steigender Energiepreise sind zusätzliche Argumente, den durch die Grundsteuererhöhung 2021 erzielten Betrag an die Haushalte zurückzugeben. Der Ansatz in Zeile 1 der Projektgruppe 61.10 wird um 3.176.743 € verringert, ebenso die Summenwerte in den Zeilen 11, 20 und 29; in der Übersicht auf S. 197 wird der Wert bei der Grundsteuer B entsprechend abgesenkt.
	53.70.02.000		Häckselplatz Hagelloch	0	+80.000	80.000	Die Begründung für die fehlende Aufnahme des Zaunes in den Haushaltplan ist nicht nachvollziehbar. Dass dieser Häckselplatz besonders günstig gebaut wurde und dadurch das Verhältnis der Kosten des Zaunes zu seinen Kosten seltsam erscheint, ist als Ablehnungsgrund nicht stichhaltig genug. Der Platz wird mit sehr viel Freiwilligenarbeit betrieben. Derzeit, ohne Zaun, drohen der Häckselplatz aber vermüllt und die freiwillig Mitarbeitenden frustriert zu werden. Ein Häckselplatz ohne Zaun verliert auf Dauer seine ordnende Funktion. Soweit die Verwaltung funktional ebenbürtige Zaunlösungen für weniger Geld realisieren kann, ist dieser Ehrgeiz auf eine günstigeren Umsetzung sicher willkommen.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Investitionsprogramm

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	Tübinger Liste
--	-----------------------

Seite	Projekt-Nummer	Projektbezeichnung	Lfd. Nummer	Ein-/Auszahlungsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
513	7.281001.1002.01	Stadtschreiberhaus Sanierung			30.000	+50.000	80.000	30.000 für Planung, 50.000 für erste bausichernde Maßnahmen; Ansatz 2023: 250.000, Ansatz 2024: 250.000 € für Bauausführung
	7.547091.0000.01	ÖPNV Straßenbauliche Maßnahmen			300.000	+300.000	600.000	Inhaltliche Zielsetzung: im Rahmen des Finanzplanungszeitraums (2022 - 2025) ist der gesetzliche Auftrag des Personenbeförderungsgesetzes, die Haltestellen des ÖPNV barrierefrei auszugestalten, zumindest insoweit umzusetzen, dass alle Haltestellen mit einer höheren Verkehrsbedeutung (Kategorien A und B des Nahverkehrsplans des Kreises Tübingen) entsprechend ausgerüstet werden, soweit dies auch technisch ohne übermäßigen Aufwand leistbar ist. Kalkuliert wird mit 120 Haltestellen, aufgeteilt in vier Jahresraten a 30 Haltestellen, mit einem durchschnittlichen Bruttoaufwand in Höhe von 20.000 €. Der Haushaltsansatz 2022 ist entsprechend auf 600.000 € zu verdoppeln und in den Finanzplanungsjahren in gleicher Höhe zu halten. Aufgrund der Förderprogramme des Kreises sowie (für größere Maßnahmepakete) des Bundes kann allerdings auch mit deutlich höheren Investitionszuweisungen gerechnet werden. Realistisch erscheint eine Veranschlagung von jährlich 300.000 € netto. Verbliebe damit im Finanzplanungszeitraum ein Mehraufwand in Höhe von 600.000 € (Bruttoaufwand 2.400.000 €, Investitionszuweisungen 1.200.000 € - Nettoaufwand 1.200.000 €; bereits veranschlagt netto 600.000 €, Mehraufwand 600.000 €.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Stellenplan-Entwurf 2022

Fraktion:

(Bitte Fraktionsname eintragen)

Tübinger Liste

lfd. Nr.	Bezeichnung	Antrag Fraktion	Bemerkungen
007.7100...	Sachbearbeitung Baumschutz	Stellenschaffung 50%	Umsetzung Baumschutzsatzung ab 07/2022 Zudem wird das Thema "Stadtgrün", das im Zuge der Anpassung der Stadt auf veränderte Klimaverhältnisse noch an Bedeutung gewinnt, aktuell in unserer Stadtverwaltung an vielen Stellen (u.a. in fast allen Fachbereichen des Dezernats 02) dispers betreut. Die bestehenden Abstimmungskreise sorgen für ein gewisses Maß an Gleichlauf und Gesamtsicht. Mittelfristig sollte aber wieder die kompetente Koordination und Initiative für das Thema Stadtgrün an einer Stelle vorgesehen werden. Mit der halben Stelle sollten auch die Überlegungen für eine solche Stelle, ihre Aufgaben und sinnvolle organisatorische Anbindung befördert werden.
007.7400...	Verkehrsplaner	Stellenschaffung 100%	Fortsetzung der Alternativenprüfung nach Bürgerentscheid zur Innenstadtstrecke. Begründung siehe bei Antrag im Ergebnishaushalt.
Medientechniker		Aufhebung KW Vermerk beider Stellen	Die 2,0 AK Medientechniker sind bei der Fachabteilung Schule und Sport angesiedelt (Stellenummer 005.5400.152 und 005.5400.153). Die Stellen wurden für die Jahre 2021 und 2022 zunächst befristet für 2 Jahre bis 12/2022 geschaffen und mit einem kw-Vermerk versehen. Sie sind im HH 2022 etatisiert, es entstehen 2022 keine Mehrkosten. Um die Stellen zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, sollten diese schnellstmöglich mit diesem Haushalt entfristet werden.
11.14.91.02.00, laufende Nr. 12	Etablierung präventiver Angebote für ältere Menschen im Programm Seniorenleben und Pflege	Stellenbeschaffung 50%	Aufgrund dem Hintergrund der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in Tübingen, des Fachkraftmangels in der Pflege und der baulichen Verzögerung der geplanten Pflegeeinrichtungen sind präventive Angebote für ältere Menschen zunehmend wichtig, da sie dazu beitragen, die Gesundheit zu erhalten und Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern (siehe auch Vorlage 57/2022). Das Programm „Seniorenleben und Pflege“ ist mit der bisherigen Stellenkapazität völlig ausgelastet. Zusätzliche Ansätze, Projekte, Maßnahmen wären notwendig, können aber nicht angegangen werden. Darum beantragen wir in diesem Bereich eine zusätzliche 50%-Stelle, die diese präventiven Ansätze und Konzepte – in enger Vernetzung mit den umsetzenden Institutionen und Netzwerken auf den Weg bringt und begleitet. Dafür wären Personalmittel von € 35.000.- im Jahr notwendig (für 2022 durch die späte Genehmigung des HHs der entsprechende Teilbetrag)

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Ergebnishaushalt

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	CDU
--	------------

Seite	Produktgruppe	Lfd. Nummer	Ertrags-/Aufwandsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7 (rechnet)	8
			Transferaufwendung		+50.000	50.000	Zusätzliche finanzielle Unterstützung der Kultur- und Bildungsarbeit des DAI in 2022 - auch zur Kompensation der, durch die Erkrankung der Direktorin bedingten, Herausforderungen
			Transferaufwendung		+5.000	5.000	Zusätzliche finanzielle Unterstützung der Kulturarbeit des Künstlerbundes
			Planungsmittel für verkehrliche Konzeptentwicklung		+100.000	100.000	Die CDU respektiert den Ausgang des Bürgerentscheides mit Ablehnung der dort vorgeschlagenen Variante der Innenstadtbahn. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, die wichtigsten verkehrlichen Ziele des Projektes Regionalbahn (Verbindung der Region mit wichtigen innerstädtischen Zielen wie Universität, Klinikum und Viehweide) umzusetzen. Daher beantragen wir die Einrichtung einer Konzeptplanung, um die Haltepunkte der Regionalbahn besser mit den genannten Zielen zu verbinden. Dabei soll insbesondere die ÖPNV-Nutzung für einpendelnde Berufstätige aus der Region attraktiver werden.
			Planungsmittel für die Sanierung des Feuerwehrhauses Bühl		+50.000	50.000	Wir bitten darum, für die Finanzplanung in 2022/23 eine Planungsrate von 50.000 Euro für die Sanierung des Feuerwehrhauses Bühl einzuplanen
			Planungsmittel für die Sanierung des Feuerwehrhauses Hirschau		+50.000	50.000	Wir bitten darum, für die Finanzplanung in 2023/24 eine Planungsrate von 50.000 Euro für die Sanierung des Feuerwehrhauses Hirschau einzuplanen
			Planungsmittel zur besseren Gestaltung der Ortsdurchfahrt Unterjesingen		+50.000	50.000	Die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität in Unterjesingen sollen verbessert werden. Eine Projektgruppe ist bereits vorhanden. Wir beantragen eine zeitnahe Fortsetzung des Projekts.
			Transferaufwendung		+25.000	25.000	Wir beantragen ein Pilotprojekt mit Einrichtung einer direkten Busverbindung für Schulkinder, morgens und mittags, auf der Strecke Unterjesingen - Wurmlingen - Rottenburg. Dieses Projekt soll für die Schulkinder die Sicherheit des Schulweges verbessern und gleichzeitig dem Einsatz von "Elterntaxis" für die Schulwege entgegenwirken.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Investitionsprogramm

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	
--	--

Seite	Projekt-Nummer	Projektbezeichnung	Lfd. Nummer	Ein-/Auszahlungsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8 (rechnet)	9
		Häckselplatz Hagelloch				+50.000	50.000	Wir beantragen Investmittel für die Errichtung eines Zaunes zur Absicherung des Häckselplatzes vor mißbräuchlicher Nutzung.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Stellenplan-Entwurf 2022

Fraktion:

(Bitte Fraktionsname eintragen)

CDU

lfd. Nr.	Bezeichnung	Antrag Fraktion	Bemerkungen
	FB 50, 3680 Soziales, Kooperation und Vernetzung	0,5 VK	Personelle Verstärkung zur Koordination der Aufgaben der Gesundheitsvorsorge im Rahmen eines Beitritts zum Gesunde Städte-netzwerk

Anträge zum HH 2022

01.03.2022

HHSt	Antrag	Begründung	Betrag ca.	Bemerk.
DEZ00 THH_1 FB1 1120 Lfd.Nr. 14	Mikrofon und Kamera für den PC des OB	Leitung der Hybridsitzungen wird erleichtert: der OB behält den Überblick über Wortmeldungen als am iPad	200 €	
DEZ00 THH_1 030 1123 Lfd.Nr. 12	Rechtsabteilung: Ausweitung der aktuellen 40%-Stelle auf 50%	Sinnvolle Anpassung, um Personal längerfristig binden zu können.	8.000 €	
DEZ00 THH_1 030 1123 Lfd.Nr. 14	Rechtsabteilung: Bessere Zugang zu Online-Recherchen	Hilft Arbeit schneller und effektiver zu erledigen	3.000 €	
DEZ00 THH_2 314001	Die AHT erhält eine finanzielle Unterstützung, um den Betrieb der 15-Betten-Pflege aufrecht erhalten zu können.	15-Betten Pflegestation AHT - ehemals Außenstelle Pauline-Krone-Heim - darf nicht geschlossen werden. Sie ist gefährdet durch den Rückzug des Landes bei der Finanzierung der Investitionskosten, und weil sie abrechnungstechnisch nicht mehr als Außenstelle des PKH laufen kann.		
DEZ00 THH_2 5710-2	Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH: keine weiteren Mittel	Der Vertrag mit der L-Bank ist nach 15 Jahren 2018 ausgelaufen. (Kosten mind. über 10 Mio. aus dem Verwaltungshaushalt) Die L-Bank übernimmt selbst das Vermietungsrisiko im TTR. Kein einleuchtender Grund, weshalb eine weitere städtische Finanzierung notwendig ist. Den Vertrag kündigen.		
	Streichen Zuschuss an Bio-Regio-Stern Management GmbH	Bürokratieabbau, zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen.		
	Streichen Zuschuss an Standortagentur TU-RT-Neckar-Alb GmbH	Keine Vorteile für Tübingen, Vertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen.		
DEZ01 THH_3 FB3 1221	Statt 200% im HH-Plan-Entwurf nur 100%-Stellen im FB Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung	Die Schaffung einer 100%-Stelle ist ausreichend	-40.000 €	Stellen-Nr. 003.3600.129 und 003.3600.130
DEZ01 THH_4 FB4 2610	Zuschuss Zimmertheater erhöhen	Das Zimmertheater befindet sich in einer schwierigen Finanzlage, nicht nur pandemiebedingt muss ein Defizit ausgeglichen werden. Die Vergütungen der Mitarbeiter sind unterdurchschnittlich. Das Konzept Faire Löhne sollte umgesetzt werden.	100.000 €	
DEZ01 THH_4 FB4 2521 und 2720	Zusätzliche Stellen: - Archivpädagogik - Medienpädagogik	Das Archiv ist das Gedächtnis der Stadt Tübingen. Seine Funktion kann es nur mit ausreichender Ausstattung erfüllen	40.000 €	
DEZ01 THH_5 FB5	Stelle Jugendbeteiligung	Die Interessen junger Menschen sollen bei Projekten besser eingebracht werden können.	20.000 €	
DEZ01 THH_5 FB50	Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk mit 25%-Stelle zur Betreuung entsprechender Projekte	Gesundheitsförderung ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge gerade im sozialen Bereich.	20.000 €	
DEZ01 THH_5 FB5 2110	Sanierung Schulhofmauer Grundschule Hügelsstraße streichen; interimsmäßig Verschönerung durch mobile Begrünung	Denkmalschutz fragwürdig und unverhältnismäßig, muss mit Denkmalschutzbehörde nachverhandelt werden. Gemeinderat sollte ein Zeichen setzen	-300.000 €	
DEZ01 THH_5 FB5 2110	Analog zur Oberstufe der GMS wird das Schulbudget in der Kursstufe (K1 und K2) der Gymnasien ab 01.01.22 auf 200 €/Schülerin und Schüler und ab 01.01.23 auf 214 €/Schülerin und Schüler erhöht.	Gleichbehandlung der Sekundarstufen I und II der allgemeinbildenden Gymnasien und der gymnasialen Oberstufe. Siehe Vorlage 200/2019	7.500 €	
DEZ01 THH_5 FB5 2110	Medientechniker: Stellen entfristen	Dringender Bedarf in den Schulen		St.Nr. 005.5400.152, 005.5400.153
DEZ01 THH_5 FB5 2110	Hausmeister: Gesamtstellenumfang moderat ausweiten	Dringender Bedarf in den Schulen, erweiterte Aufgaben durch Medien	30.000 €	
DEZ01 THH_5 FB5	Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für Schulsozialarbeit	Dringender Bedarf. Die Schulsozialarbeit kann ihre Aufgaben mit dem derzeitigen Stellenumfang kaum erfüllen.	30.000 €	
DEZ01 THH_5 FB5 3650	Übernahme der fehlenden Betriebskosten von 5% bei den kleinen freien Trägern	Betriebskostenzuschuss von 95 auf 100% erhöhen. Miete und Nebenkosten betragen 100%, da kann nicht eingespart werden. Die Vorstände arbeiten bereits im unbezahlten Ehrenamt. Evtl. sind Zwischenschritte machbar.		
DEZ01 THH_5 FB50 3650	Kitagebühren U3 und Ü3 senken – Kommunales Übergangsmodell umsetzen. Antrag Tübinger Übergangsmodell: Einstieg mit 25 Stunden pro Kind und Monat frei für Eltern bis Einkommen von 30.000 €.	Mit dem Haushalt 2019 wurde eine Absichtserklärung für die Jahre 2020/2021 beschlossen: 500 000€ mit Sperrvermerk für städtische Kitas und freie Träger für Gebührenermäßigung bzw. Gebührenbefreiung und zugleich Qualitätsverbesserung und Personalgewinnung. Dem Antrag auf Ausarbeitung eines Vorschlags durch die Verwaltung für ein kommunales Übergangsmodell zum Einstieg in gebührenfreie Kitas wurde mehrheitlich im Juli 20 zugestimmt. Dies wurde bisher nicht umgesetzt.	500.000 €	

HHSt	Antrag	Begründung	Betrag ca.	Bemerk.
DEZ02 THH_7 FB7	5 neue Stellen zum Klimaschutz mit aktuell vorgesehener Aufgabenstellung nicht einrichten		-330.000 €	Stellen-Nr. 007.7100.139, 007.7100.140, 007.7100.003, 007.7300.005, 009.9300.121
DEZ02 THH_7 FB7	stattdessen: - Erhöhung der Sachmittel für externe Aufträge - 1 neue Stelle für Nahverkehrsplanung	Klima- und Umweltschutz: zur Umsetzung des ticketfreien Nahverkehrs, s. unten	100.000 € 60.000 €	
DEZ002 THH_7 FB7 5470-7	Umsetzung der schon entwickelten Alternativen zur Stadtbahn-Innenstadtstrecke (Schnell-/Direktbus mit E- oder Wasserstoffantrieb) beginnen	Für die Reduzierung des CO2-Ausstosses ist der schnelle Ausbau des ÖPNV von zentraler Bedeutung	100.000 €	
DEZ02 THH_9 022 5110-022 7.541001.0000.02 7.511009.1006.02	Europaplatz / Südausgang Bhf.: Anpassung der Planung an geänderten Bedarf	Da keine Innenstadtstrecke der Stadtbahn gebaut wird, muss die Planung für das Bussystem und den Umstieg von der Bahn auf den Bus überarbeitet und angepasst werden.	50.000 €	
DEZ002 THH_7 FB7 5470-7	Einführung ticketfreier TüBus 2023: Planung und Organisation 2022 Als Sofortmaßnahme noch dieses Jahr: weitere Absenkung der Schülerticket um 5 €.	Um die gesetzten Klimaziele zu erreichen brauchen wir einen energischen Schritt zu Verminderung des Schadstoffausstoßes im Verkehr. Erfahrungen in anderen Städten beweisen, dass durch den ticketfreien Nahverkehr mehr Menschen zum Umstieg vom MIV zu gewinnen sind und die Umweltbelastung deutlich gesenkt werden kann. Für Menschen mit niedrigem Einkommen ein wichtiger Schritt zur Teilhabe.	150.000 €	
DEZ002 THH_8	Reinigungskräfte nach kommunalem Tarifvertrag bei der Stadt anstellen.	Dass tarifvertragliche Mindeststandards eingehalten werden, kann nur wirklich gewährleistet werden, wenn Personal bei der Stadt angestellt ist. Beseitigung der Ungleichbehandlung des Reinigungspersonals.		
DEZ02 THH_9 FB9 5410 7.541001.0000.02	Neuer Belag für den Fußgänger- und Radweg zwischen der Kreuzung Uhländstraße/Derendinger Allee und dem Bahnübergang Ammertalbahn (Weg hinter Wildermuth-Gym.)	Dieser viel genutzte Weg befindet sich in einem derart schlechten Zustand, dass eine Gefährdung der Nutzer befürchtet werden muss.	10.000 €	
DEZ02 THH_9 FB9 5410 7.541001.0000.02	Rad-/Feldweg zwischen Derendingen und Freibad: zwei kurze Stücke neu asphaltieren	Vor wenigen Jahren wurde dieser Weg frisch asphaltiert und eine Umfahrung um die Kleingartenanlage der Bahn gebaut. Am Ortsausgang vor der Jugendfarm und an der Kurve vor den ehemaligen Kleingärten wurde kein neuer Belag aufgebracht. Durch Schlaglöcher sind diese Abschnitte besonders bei Nacht gefährlich.	10.000 €	
DEZ02 THH_9 FB9 5510 7.551001.1008.01	Park Neckaraue: zusätzlich Bau einer Öko-Toilette; ebenso Komposttoiletten für Neckarterrasse, Kinderwildnis Egeria, Baggersee Hirschau	Um die Erholungsmöglichkeiten eines Park wahrnehmen zu können, muss auch die Möglichkeit eines Toilettengangs eingeplant werden.	10.000 €	
DEZ02 THH_9 FB9 5510 7.551001.3201.01	Grünanlage Kirchgraben: Ochsen Garten sofort umsetzen	Durch Verschiebung entstehen nur höhere Kosten und längere Beeinträchtigungen für die Anwohner	280.000 €	
DEZ02 THH_9 FB9 5510 7.551002.1002.02	Zaun Sportplatz Jahnallee streichen	nicht dringlich	-80.000 €	
DEZ00 THH_2	Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 660 auf 610	Die Grundsteuer B wird für mehr als die Hälfte des Wohnungsbestand auf die Mieter umgelegt. Auch die Wirtschaft wird in Corona-Zeiten zusätzlich belastet. Die hohe Grundsteuer konterkariert alle Anstrengungen zur Dämpfung des Mietniveaus.	1.550.000 €	
DEZ00 THH_2	Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von 390 auf 400	Ausgleich für Senkung der Grundsteuer B. Zusätzliche Mittel zur Finanzierung des ticketfreien TüBus, solange eine Umlage juristisch nicht möglich ist. Tübingen ist ein so attraktiver Standort, dass keine Ausfälle befürchtet werden müssen.	-5.000.000 €	
	Kostendämpfungsprogramm (KDP) kann so nicht fortgeführt werden	Das KDP läuft nun schon seit 2015, seine Möglichkeiten sind ausgeschöpft. Erreicht wird jetzt das Gegenteil: die Verwaltung kann Aufgaben nicht mehr richtig ausführen (Beispiel Rechtsabteilung), muss viel Zeit für KDP-Maßnahmen aufwenden, statt ihre Aufgaben zu erfüllen. Keine weiteren Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten!	4.500.000 €	
	Kostendämpfungsprogramm (KDP) streichen der Mittel zur Umsetzung	s.o.	-52.179 €	

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Ergebnishaushalt

Fraktion: (Bitte Fraktionsname eintragen)	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn
---	---

Seite	Produkt-gruppe	Lfd. Nummer	Ertrags-/Aufwandsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7 (rechnet)	8
	Neu		Aufwendungen für kostenlose Kleinpackungen von Kondomen und Lecktüchern in Tübinger Kneipen, Bars und geeignete öffentlichen Einrichtungen	0	+10.000	10.000	Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie, sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen, ist ein wesentliches Menschenrecht. Mehr und mehr Menschen weichen auf unsichere Methoden aus oder verhüten gar nicht, weil das Geld nicht reicht. Und weiblich gelesene Menschen sind leider noch häufig die Personen, die sich um Verhütung sorgen und dessen Kosten tragen müssen. Daher soll die Stadt kleine Packungen Kondome ggf. mit Werbung für umweltschützende Programme wie "Tübingen macht blau" oder Nachtruhe mit Sprüchen wie "Schreien könnt ihr Zuhause", in Kneipen und Bars sowie geeigneten öffentlichen Einrichtungen wie das Bürgeramt zur Verfügung stellen.
355	51,1	51.10.70.0000	Ertrag durch Einstellung der Entfernung von Graffiti auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt	20.000	-20.000	0	Die Stadt Wien hat Graffiti auch bereits offiziell als „Ausdrucksform der Jugendkultur“ und „Kunst“ anerkannt. Auch die Stadt Helsinki hat Ende 2008 nach jahrelanger Nulltoleranzstrategie offiziell erklärt, Graffiti sei „Teil der Stadtkultur“. Potsdam ließ kurze Zeit später Ähnliches verlauten. Graffiti gelten meist unter den Anhängern der Kultur als ein zentrales Ausdrucksmittel urbanen Lebensgefühls und finden speziell unter Jugendlichen häufig Anerkennung. Außerdem ist das Entfernen vom Graffiti teuer und umweltschädlich.
	54,5	54.50.00.0000		35.000	-35.000	0	
	Neu		Aufwendungen für die Errichtung von legale Graffitiwände	0	+15.000	15.000	In der Stadt Tübingen sind derzeit vier legale Graffitiwände vorhanden. Leider beklagen sich viele Künstler*innen, dass diese Flächen nicht ausreichend sind.
	Neu		Gutachten zu Konkretisierung eines Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus (LDNS)	0	+50.000	50.000	Mit der Vorlage 373/2021 schrieb die Verwaltung der Stadt Tübingen, dass es zahlreiche Fragen zu beantworten gäbe, die geklärt werden müssten, bevor eine definitive Entscheidung über ein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus (LDNS) getroffen werden kann. Konkreter waren ihre Fragen: "braucht es [...] einen zentralen Erinnerungsort? Was ist der Mehrwert des LDNS? Wie werden Doppelstrukturen vermieden? Welche Inhalte sollen vermittelt werden? Welche Themen und Epochen sollten behandelt werden? Was ist mit dem Blick auf die jüngere Zeitgeschichte? Welche Zielgruppen sollen mit welchem pädagogischen Konzept angesprochen werden? Wie wird die Beteiligung der Universität erreicht? Wie kann das Archiv als Bewahrer der Original-Quellen gestärkt werden? Wie sieht ein Betriebskonzept des LDNS aus? Wie soll die Finanzierung sichergestellt werden?" Um diese Fragen zu beantworten schlagen sie vor, Expertise von außen zu holen, die mit Hilfe einer Bedarfsanalyse, einer Zielgruppenbefragung und einer inhaltlichen Untersuchung eine Empfehlung aussprechen könnte. Mit diesem Antrag wollen wir die finanziellen Mitteln hierfür zur Verfügung stellen.
	Neu		Pfandringe an städtischen Mülleimern (Abstellmöglichkeiten für Pfandflaschen und Dosen)	0	+5.000	5.000	Pfandringe bieten die Möglichkeit Pfand einfach und sichtbar abzustellen, damit Wertstoff dem Recycling zurückgeführt werden kann und nicht im Restmüll verbrannt wird. Gleichzeitig vermeiden wir dadurch das entwürdigende Wühlen im Mülleimer nach Pfandflaschen. Ein Pfandring kostet laut unserer Recherche circa 180 €.
	Neu		Geschlechtsneutrale Beschilderung von öffentlichen Toiletten	0	+1.000	1.000	Statt des klassischen Weiblich/Männlich-Piktogramms soll eine Abbildung der in den jeweiligen Räumlichkeiten vorhandenen Toilettenformen und ein Spruch "All Genders Welcome" (siehe Beispiel in Antrag FRAKTION 506/2022). Wir sind der Ansicht, dass Menschen sich nicht einem binären Geschlecht zuordnen müssen und dass es Freiheit geben sollte, die Toilette aufzusuchen, die gewünscht ist. Angesichts der erst kürzlich verstrichenen Queeren Woche ist es in unseren Augen angebracht, mehr Sichtbarkeit für Menschen außerhalb des binären Geschlechtermodells herzustellen. Die Schilder stellen eine sehr kostengünstige, subtile und gleichzeitig präzise Möglichkeit hierzu dar.
	2810		Verein zur Förderung der spanischen und iberoamerikanischer Kultur e. V./Festival de Cine Espanol	0	+10.000	10.000	Wir fordern die Aufnahme des einzigen Filmfestivals in die Regelförderung, das gerade keine erhält, welches durch eine Migrant*innenelbstorganisation ins Leben gerufen und betrieben wird und das einzige in der Stadt Tübingen ist, das von einer Frau geleitet wird.
	2810		Verein zur Förderung der spanischen und iberoamerikanischer Kultur e. V./Internationales Gitarrenfestival Tübingen	0	+10.000	10.000	Es heißt in der Kulturkonzeption: „Über die Förderrichtlinien soll etwa weiterhin, unter Bewahrung der musikalischen Vielfalt, darauf geachtet werden, solche Projekte besonders zu unterstützen, die neue musikalische Ansätze verfolgen und neue Zielgruppen ansprechen.“ Diesem Ansatz wird beim Internationalen Gitarrenfestival Tübingen eindeutig gefolgt. Die Verwaltung hat das Gitarrenfestival gebeten, mit einem Antrag auf Regelzuschuss zu warten, bis sie ein Verfahren entwickelt haben, bei dem sich alle Musikveranstalter*innen gleichermaßen bewerben und die Zuschüsse nach vergleichbaren, transparenten Kriterien vergeben werden. Allerdings muss der Verein beim Projektzuschuss das Geld im Vorfeld haben, was es schwieriger macht das Festival zu finanzieren. Die Verwaltung befürchtet, dass das Gitarrenfestival, das fünf Konzerte veranstaltet, mit einem Regelzuschuss von 10.000 Euro gegenüber anderen privilegiert wäre. Allerdings ist die Qualität der Konzerte sehr hoch, deswegen ist die Quantität begrenzt. Ein Orchester zu finden, das bereit ist iberoamerikanische Werke zu spielen war eine Herausforderung. Eine Regelförderung wäre notwendig um die organisatorische Arbeit zu professionalisieren. Gerade wird dieses ehrenamtlich durchgeführt.
			Regelförderhöhung „Performing Arts Collective Tübingen ist ein Zusammenschluss von über 45 professionellen freischaffenden Künstlerinnen der Sparten Tanz, Performance, Figurentheater, Schauspiel und Neuer Zirkus.“	12.000	+8.000	20.000	Mit dieser Summe kann PACT e.V. die dringende Öffentlichkeitsarbeit und administrativen Belange abdecken. Die Förderung geht in den Strukturaufbau.
			Kostendämpfungsprogramms (KDP) streichen	4.500.000	-4.500.000	0	Das KDP entstand in einer anderen wirtschaftlichen Situation. Die aktuelle Wirtschaftslage der Stadt lässt keine Argumentation für Personaleinsparungen zu. Die Stadt Tübingen sollte auch in der Mitarbeiter*innenaustattung mit gutem Beispiel vorangehen.
	51.70?		Nachtbusse Angebot verbessern	0	+500.000	500.000	Das Nachtbusangebot soll verbessert werden, in dem jeden Tag auf jeder Strecke mindestens einmal zwischen 00:00 und 05:00 ein Bus fährt.
	51.70?		18:00 Uhr Ticket	0	+250.000	250.000	18:00 Uhr Ticket: Im Tübinger Stadtverkehr zahlt man für eine Hin- und eine Rückfahrt mindestens 4,50 € (checken). Das ist verhältnismäßig viel, wenn man sich nur von einem Ortsteil für eine Veranstaltung in die Stadt begeben will. Würde man ein 18:00 Uhr Ticket einführen, könnte man möglicherweise Autoverkehr und alkoholbedingte Auto- und Radunfälle reduzieren. Ein solches Angebot (Abend-/Nachtitarif) gibt es bereits für die Parkhäuser in Tübingen im Gegensatz zum ÖPNV.
197	PG 61.10		Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 660 auf 560	20.900.000	-3.000.000	17.900.000	Die Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer B von 560 auf 660 war lediglich eine Pandemiemaßnahme. Tübingen hat, im Vergleich zu ähnlichen Kommunen, einen hohen Hebesatz bei der Grundsteuer B.
197	PG 61.10		Anhebung des Gewerbesteuersatzes von 390 auf 410	50.000.000	+4.000.000	54.000.000	Im Bundesvergleich ist Tübingen, für seine Größe, sehr zurückhaltend bei der Gewerbesteuer, aber greift dafür bei der Grundsteuer B stärker zu. Wir wollen diesen Misstand beheben.
	7.211010.1003.02	8	Einrichtung eines Landeplatzes für Helikoptereltern auf dem Dach der Erweiterung der GMS-WEST (VE)	-500.000	-500.000	-1.000.000	Die Schule wird kein Spielfeld auf dem Dach bekommen, es gibt also Raum für neue Ideen. Mit einem Landeplatz für Helikoptereltern könnte wertvolle Fläche, die derzeit für Parkierung genutzt wird, auf dem Boden gespart werden.
	Neu		Einrichtung kostenloser Kletterwände an einem öffentlichen Platz	0	+10.000	10.000	Aufbauen einer Kletterwand zur kostenlosen Nutzung an einem geeigneten öffentlichen Platz.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Ergebnishaushalt

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn
--	---

Seite	Produkt-gruppe	Lfd. Nummer	Ertrags-/Aufwandsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7 (rechnet)	8
	2810	28.10.00.00.00	Verein arabischer Studenten und Akademiker Tübingen / Arabisches Filmfestival	0	+21.446	21.446	Wir beantragen eine Projektförderung für dieses Festival, sodass es stattfinden kann, obwohl der Verein versäumt hat einen Antrag auf Zuschuss für 2022 rechtzeitig an die Verwaltung zu stellen. Wenn das Arabische Filmfestival aus diesen Gründen nicht stattfinden kann, wäre es ein großer Verlust für die Stadt Tübingen, insbesondere in dieser Zeit zunehmenden antimuslimischen Rassismus und Rechtspopulismus. Laut Vorlage 7/2021 wird das „Kernprodukt“ der Festivals: Die Präsentation von Filmen für das Tübinger Publikum gefördert. Gemäß dem Schreiben vom 26.2.2022 belaufen sich diese Kosten auf 21.445,71€.
			Gutachten Windkraft Schönbuch/Pfrondorf		+250.000	250.000	Zusätzlich zu den Härten sollte auch der zweite mögliche Standort für Windkraftanlagen nördlich von Pfrondorf untersucht werden.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Investitionsprogramm

Fraktion: (Bitte Fraktionsname eintragen)	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn
---	---

Seite	Projekt-Nummer	Projektbezeichnung	Lfd. Nummer	Ein-/Auszahlungsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8 (rechnet)	9
	neu	Barrierefreier Umbau des Epplehauses				+500.000	500.000	Die Erschließung erfolgt vom Straßenniveau über mehrere Treppen ins EG und von dort über weitere Treppen in die Obergeschosse. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität stellt dies eine Barriere dar. Auch im Inneren des Gebäudes ist die Barrierefreiheit derzeit nicht gewährleistet. Ein Aufzug ist nicht vorhanden. Das heißt viele Menschen sind ausgeschlossen von der Teilnahme an Veranstaltungen und Treffen in diesem selbstverwalteten Jugendhaus. Laut der Vorlage 532a/2019 müsste man mit Kosten im Bereich von 500.000 € rechnen. Laut dieser Vorlage wären der Anbau eines Aufzugs und die notwendigen Veränderungen im Inneren des Gebäudes wahrscheinlich technisch und baulich machbar. Es erscheint möglich, das bestehende Fluchttreppenhaus abzureißen und an dieser Stelle einen Aufzug und eine anders gestaltete Fluchttreppe neu zu erstellen. Im Inneren müssten vorhandene Schwellen abgebaut, Türen verbreitert, ein barrierefreies WC eingebaut und andere Veränderungen vorgenommen werden.
	neu	Einrichtung weiterer barrierefreier Bushaltestellen (Sperrvermerk)				+150.000	150.000	Von den insgesamt 430 Bushaltestellen im Stadtgebiet sind aktuell 186 barrierefrei. Es gibt ein gesetzlich vorgegebenes Ziel, dass bis Ende 2022 alle Haltestellen barrierefrei ausgestattet sein müssen. Die Stadtverwaltung gibt in Vorlage 189/2021 an, dass diese gesetzliche Vorgabe nicht erreicht werden kann aufgrund von u.a. fehlenden Finanzmitteln. Die finanzielle Hürde soll mit diesem Antrag gelöst werden für den Fall, dass sich die Personalsituation im Laufe des Jahres verbessern sollte, welche nach Angaben der Verwaltung eine weitere Hürde darstellt um die technisch machbaren Umbauten der Haltestellen zu realisieren.
	neu	Freies WLAN in der Innenstadt				+200.000	200.000	Zugang zum Internet ist heutzutage eine Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Viele Leute haben aus Kostengründen dennoch keinen privaten Internetzugang. Die Möglichkeit das Internet auch außerhalb des Rathauses und der Stadtbibliothek benutzen zu können, würde die Situation verbessern, gerade in Zeiten von und nach Corona, wo sich viele Prozesse völlig ins Netz verlagert haben. Wir schlagen die große Variante mit dem Einkauf der gesamten Technik durch die Stadt vor. So können wir digitale Autonomie und Datensicherheit gewährleisten.
	neu	Einrichtung Protected Bike Lane				+30.000	30.000	Einrichtung einer Protected Bike Lane von Haltestelle Linsenbergrasse über Nordring bis Berliner Ring (Verbindung Sportinsitute, Sand, Studentendorf/WHO)
	neu	Investitionskostenzuschuss an SWT: 50-Meter-Hallenbad Investitionszuschuss				+6.400.000	6.400.000	Wir wollen gerne das 50-Meter-Hallenbad, da es in der Region sonst keines gibt. Zudem ist es notwendig, dass in Zeiten des Klimawandels möglichst alle Menschen schwimmen lernen. Hier sollte man also nicht sparen. Außerdem schafft man hier Infrastruktur für mindestens 100 Jahre.
	neu	Bau einer Seilbahn				+160.650.000	160.650.000	Die Seilbahn hat sich in der Alternativenprüfung zur Stadtbahn eindeutig als die zweitbeste Lösung hervorgetan. Sie stellt somit den Kompromiss dar, auf den sich alle Seiten einigen können. Außerdem ist sie sehr günstig im Vergleich zu anderen Lösungen und es hat noch kein Bürgerentscheid gegen sie stattgefunden.
	neu	Stehende Surfwelle Anlagenpark				+1.000.000	1.000.000	Ein großer Vorteil der Verkleinerung des Anlagensess ist die erhöhte Fließgeschwindigkeit. Mit einer stehenden Welle für Surfer:innen, nach Vorbild der Eisbachwelle in München, würde der neue Anlagenpark nicht nur noch attraktiver, die Fließgeschwindigkeit könnte sogar noch deutlich erhöht werden. Alternativ wäre auch eine touristisch attraktive Wasserskianlage denkbar
	neu	Konzert-Zoom-Saal				+250	250	Es zeichnet sich ab, dass in Tübingen kein Raum für einen Konzertsaal ist. Warum also nicht aus den Erfahrungen der Pandemiejahre lernen und den Konzertsaal in den Cyberraum bauen? Ein Zoomraum, bzw. Saal, ist eine kostengünstige Lösung, im Vergleich zu einem konventionellen "offline"-Saal. Selbstverständlich sollte hier technologieoffen vorgegangen werden, es muss nicht unbedingt Zoom sein.
	neu	"Tübingen macht Blau"-Elektro-Doppeldeckerbus		0	+0	+1.000.000	1.000.000	Ein Blauer "Tübingen macht Blau" elektronischer Doppeldeckerbus für touristische Stadtrundfahrten. Er könnte in einer Kreislinie auf dem Einbahnstraßenring verkehren. Während der Fahrt werden Auszüge aus dem Klimaschutzprogramm vorgelesen. Die Mitfahrer:innen haben für die Nutzung kein Entgelt zu entrichten. Der Bus hält aber auch direkt vor Einzelhandelsbetrieben. In Großbritannien haben sich Doppeldeckerbusse als hervorragendes Propagandainstrument herausgestellt.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Stellenplan-Entwurf 2022

Fraktion:

(Bitte Fraktionsname eintragen)

Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Antrag Fraktion	Bemerkungen
	Aufbau Clearing-Stelle 1,0 VK (Soz.Päd./Soz.Arb) im FB 50, FAB 502 soziale Hilfen für Clearing und Wohnbegleitung zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit mit dem Ansatz "housing first"	1,0 Stelle	Mit „housing first“ werden in mehreren europäischen Ländern gute Ergebnisse bei der dauerhaften Bekämpfung von Wohnungslosigkeit erzielt, bei gleichzeitiger Senkung der Kosten. Es bedeutet, dass die Menschen eine sichere, eigene Wohnung als ersten Schritt bekommen bei gleichzeitigen Therapie- und Unterstützungsangeboten, insbesondere nach dem Einzug in die eigene Wohnung. Diese Stelle soll für die Umsetzung von housing first zuständig sein, also für die Vermittlung einer Wohnung, sowie zuständig für Koordination von Therapie- und Unterstützungsangeboten an diese Menschen.
	Abbau der Kapazitäten externer Reinigungsfirmen bei gleichzeitiger Neueinstellung von städtischen Reinigungskräften	10 Stellen	Ungefähr die Hälfte der eingesetzten Reinigungskräfte sind bei der Stadt Tübingen angestellt, die andere Hälfte wird von Mitarbeiter*innen von externen Firmen durchgeführt. Die Mitarbeiter*innen der Stadt werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet und haben dadurch vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen (die Löhne sind trotzdem niedrig und reichen häufig nicht zum Leben). In der Fremdreinigung erfolgt die Vergütung nach dem Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks (18% bis 70% niedrigerer Lohn als in TVöD und weniger bzw. keine Leistungszulagen). Außerdem wird die Tariftreue formal abgefragt, aber ihre Einhaltung nicht durch die Stadt kontrolliert. Die Arbeitsbedingungen von Gebäudereiniger*innen haben sich bundesweit durch die finanzielle Notlage der Kommunen und zunehmende Privatisierung verschlechtert: der Wettbewerb wird hauptsächlich über Personalkosten (Arbeitsverdichtung, Tarifunterschreitungen, geringfügige Beschäftigung, Mini Jobs, Zeitarbeit) ausgetragen. In der Innenreinigung arbeiten hauptsächlich geringfügig oder in Teilzeit Beschäftigte FLINTA, oft Migrantinnen. Wir stellen hiermit einen Antrag auf Erhöhung der Anteile der bei der Stadt Tübingen angestellten Reinigungskräfte.
	Sachbearbeitung Integrationsmanagement in der Fachabteilung Hilfen für Geflüchtete	4 Stellen (2 Stellen zusätzlich zum HH Entwurf)	Der Fallschlüssel im städtischen Integrationsmanagement liegt aktuell mit 1:140 (11,2 AK bei 1.564 Personen) weit hinter dem Fallschlüssel des Integrationsmanagements im Landkreis von 1:100 (21,5 AK bei 2.156 Personen) zurück. Qualität und Leistungen der Stadt sollten nicht hinter dem Landkreis zurückstehen, da der Gemeinderat mit der Entscheidung zur Übernahme des IM eine mindestens gleichwertige Leistung erwartet. Dies erfordert Kapazitäten mindestens in annähernd vergleichbarem Bereich. Wir beantragen 4 Stellen, statt die von der Verwaltung vorgeschlagenen 2, um dem Fallschlüssel des Landkreises näher zu kommen.
Neu	Klient*innen-Service in der Ausländerbehörde	1 Stelle	Ein Klient*innen-Service, der vor Ort Auskunft gibt, soll in der Ausländerbehörde eingerichtet werden. Der/die Beschäftigte an dieser Service-Stelle sollte nicht inhaltlich in die Anträge einsteigen, sondern insgesamt die Kommunikation der Klient*innen mit der Ausländerbehörde erleichtern. Dringende Situationen, welche z.B. durch eine lange Bearbeitungszeit der Anträge für die betroffenen Menschen entstehen, sollten durch den Klient*innen-Service an den/die zuständige Mitarbeiter*in der Ausländerbehörde kommuniziert werden. Auch sollte der Klient*innen-Service Einsicht in die Akte nehmen können, sowie die Befugnis haben, Termine vereinbaren zu dürfen (zusätzlich zu den online verfügbaren Terminen). Ziel dieser Maßnahme ist, den Klient*innen einen Einblick über den Stand der Bearbeitung ihrer Anträge zu ermöglichen und Transparenz in die Vorgänge der Verwaltung hineinzubringen. Mehr Personal an der Schnittstelle zur Öffentlichkeit bringt Wertschätzung gegenüber Menschen, die von den Ergebnissen der Tätigkeit dieser Behörde abhängig sind, zum Ausdruck.
	Aufstockung von 0,4 auf 0,5 Stellen in der Rechtsabteilung	0,5 Stelle (0,1 Stelle zusätzlich zum HH Entwurf)	Um die Stelle in der Rechtsabteilung attraktiver zu gestalten und hohe Fluktuation in der Besetzung dieser Stelle zu vermeiden.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Ergebnishaushalt

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	FDP
--	------------

Seite	Produktgruppe	Lfd. Nummer	Ertrags-/Aufwandsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7 (rechnet)	8
196	6110	1	Steuern und ähnlichen Abgaben		-3.000.000		<p>Inhaltliche Zielsetzung: die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 560 auf 660 Punkte, vollzogen mit dem Haushalt 2021, wird rückgängig gemacht. Der Haushaltsabschluss 2020 und das absehbare Ergebnis des Haushalts 2021 haben - anders als prognostiziert - die Bildung einer Ergebnisrücklage in einer Größenordnung von 10 Mio. € ermöglicht. Die Erhöhung der Grundsteuer war vor diesem Hintergrund zum Haushaltsausgleich nicht erforderlich. Die Belastung der Haushalte mit einer in dieser Höhe nicht absehbaren Inflation und der bislang nicht ausreichend erfolgte Ausgleich steigender Energiepreise sind zusätzliche Argumente, den durch die Grundsteuererhöhung 2021 erzielten Betrag an die Haushalte zurückzugeben.</p> <p>Der Ansatz in Zeile 1 der Projektgruppe 61.10 wird um 3.000.000 € verringert, ebenso die Summenwerte in den Zeilen 11, 20 und 29; in der Übersicht auf S. 197 wird der Wert bei der Grundsteuer B entsprechend abgesenkt.</p>
250	2810	17	Transferaufwendungen		+0		<p>Die mit der Nachschiebeliste neu veranschlagten Mittel erhalten folgenden Beschrieb: Schaffung eines einmaligen Zusatzprogramms "Kultur nach Corona". 40.000 € davon fürs d.a.i., im übrigen Vergabe durch den Kubis (auf Vorschlag des FB Kultur).</p> <p>Der FB Kultur berichtet im Herbst, inwieweit eine Fortsetzung der Förderung durch das Zusatzprogramm in den Folgejahren angezeigt erscheint</p>

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum HH-Entwurf 2022

Investitionsprogramm

Fraktion: <small>(Bitte Fraktionsname eintragen)</small>	FDP
--	------------

Seite	Projekt-Nummer	Projektbezeichnung	Lfd. Nummer	Ein-/Auszahlungsart	Planansatz HH-Entwurf (inkl. Änderungsliste) in Euro	Antrag Fraktion in Euro	Planansatz neu in Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8 (rechnet)	9
597	7.547091.0000.01	ÖPNV, Straßenbauliche Maßnahmen	8	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-300.000	-300.000	-600.000	Inhaltliche Zielsetzung: im Rahmen des Finanzplanungszeitraums (2022 - 2025) ist der gesetzliche Auftrag des Personenbeförderungsgesetzes, die Haltestellen des ÖPNV barrierefrei auszugestalten, zumindest insoweit umzusetzen, dass alle Haltestellen mit einer höheren Verkehrsbedeutung (Kategorien A und B des Nahverkehrsplans des Kreises Tübingen) entsprechend ausgerüstet werden, soweit dies auch technisch ohne übermäßigen Aufwand leistbar ist. Kalkuliert wird mit 120 Haltestellen, aufgeteilt in vier Jahresraten a 30 Haltestellen, mit einem durchschnittlichen Bruttoaufwand in Höhe von 20.000 €. Der Haushaltsansatz 2022 ist entsprechend auf 600.000 € zu verdoppeln und in den Finanzplanungsjahren in gleicher Höhe zu halten. Aufgrund der Förderprogramme des Kreises sowie (für größere Maßnahmepakete) des Bundes kann allerdings auch mit deutlich höheren Investitionszuweisungen gerechnet werden. Realistisch erscheint eine Veranschlagung von jährlich 300.000 €
597	7.547091.0000.01	ÖPNV, Straßenbauliche Maßnahmen	1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	+100.000	+200.000	300.000	Netto verbleibe damit im Finanzplanungszeitraum ein Mehraufwand in Höhe von 600.000 € (Bruttoaufwand 2.400.000 €, Investitionszuweisungen 1.200.000 € - Nettoaufwand 1.200.000 €; bereits veranschlagt netto 600.000 €, Mehraufwand 600.000 €.

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Stellenplan-Entwurf 2022

Fraktion:

(Bitte Fraktionsname eintragen)

FDP

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Antrag Fraktion	Bemerkungen
	Medientechniker, Stellennummer 005.5400.152 und 005.5400.153 (2,0 AK bei der Fachabteilung Schule und Sport)		Die Stellen sind im Haushalt 2022 etatisiert, es entstehen durch den Wegfall der kW-Vermerke im Jahr 2022 keine Mehrkosten. Um die Stellen aber zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, ist es dringend notwendig diese jetzt schnellstmöglich zu entfristen.



An
Geschäftsstelle des Tübinger Gemeinderats
Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Gremien und Kommunalrecht
Am Markt 1
72070 Tübingen

18.02.2022

Haushaltsantrag zu WLAN in TüBussen

**Jugendgemeinderat
Tübingen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Boris Palmer,
Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

Kontakt:

E-Mail
info@jgr-
tuebingen.de

der Jugendgemeinderat stellt folgenden Haushaltsantrag:

Die Stadtwerke Tübingen GmbH bzw. die TüBus GmbH möge durch den Tübinger Gemeinderat in Form einer projektbezogenen Subvention beauftragt werden, 20 weitere TüBusse über einen Zeitraum von fünf Jahren mit kostenfreiem WLAN auszustatten. Die Einwahl in das WLAN-Netzwerk sollte dabei möglichst einfach und barrierefrei gestaltet sein.

emil.gramm@jgr-
tuebingen.de

Für dieses Vorhaben fordert der Jugendgemeinderat Tübingen, im Haushalt 2022 finanzielle Mittel in Höhe von **89 200€** bereitzustellen.

mia.boss@jgr-
tuebingen.de

Diese schlüsseln sich auf wie folgt*:

→ Interne Projektkosten Stadtwerke: 20 000€
=20 000€

aurel.peythieu@jgr-
tuebingen.de

→ Investition pro Fahrzeug: 2 500€ (LTE-Router mit E1 Zulassung, Einbau,
Antenne)
=50 000€

mohamed.amir-bahida@
jgr-tuebingen.de

→ Monatliche Kosten Dauertarif Internet: 80€ pro Monat pro Fahrzeug
=19 200€ (auf ein Jahr für 20 Fahrzeuge gerechnet)

Instagram
jgr_tuebingen

Homepage:
www.jgr-tuebingen.de

Für den Haushalt 2023, 2024, 2025 und 2026 beantragt der Jugendgemeinderat jeweils finanzielle Mittel in Höhe von **19 200€** in Form einer projektbezogenen Subvention an die Stadtwerke Tübingen bzw. die TüBus GmbH bereitzustellen. Diese Summe ist notwendig, um die Kosten für den Betrieb von WLAN in 20 Stadtbussen zu decken und ergibt sich aus den monatlichen Kosten des Dauertarifs für das Internet in Höhe von 80€ pro Monat pro Fahrzeug.

Facebook:
@jgr.tuebingen

*Die Zahlen beziehen sich auf eine Kostenschätzung von Herrn Robert Kugler von den Stadtwerken Tübingen aus dem Jahr 2018. Für eine erneute Aufschlüsselung der Kosten hat

der Jugendgemeinderat Tübingen am 22. Januar 2021 einen Fragenkatalog an die Stadtwerke Tübingen zu diesem Thema verabschiedet. Die oben aufgeführten Zahlen decken sich ungefähr mit den Kosten, welche die Reutlinger Verkehrsbetriebe aufgewendet haben, um kostenfreies WLAN in ihren Bussen einzurichten.

Begründung:

In Gesprächen mit Tübinger Jugendlichen wird an den Jugendgemeinderat der Universitätsstadt Tübingen immer wieder der Wunsch nach WLAN in TüBussen herangetragen - insbesondere von Jugendlichen, die den Bus regelmäßig nutzen, z. B., um zur Schule zu kommen. Als Vertretung der Tübinger Jugendlichen unterstützt der Jugendgemeinderat die Bemühungen, WLAN in den Tübinger Bussen flächendeckend einzurichten. Aus unserer Sicht würde WLAN in TüBussen zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Nahverkehrs führen - ein Argument, das auch in Reutlingen ausschlaggebend für die Ausstattung der Stadtbusse mit WLAN war.

Das Pilotprojekt im vergangenen Jahr, bei dem die ersten fünf Busse mit WLAN ausgestattet wurden, lief in unseren Augen sehr erfolgreich und uns haben durchweg positive Reaktionen erreicht.

Ein kostenfreier WLAN-Zugang ist heute bei vielen Busunternehmen und Verkehrsgesellschaften im In- und Ausland Standard. Damit wird der technologische Fortschritt in die Busse geholt. Obwohl Tübingen in vielen Bereichen eine recht fortschrittliche Kommune mit einer fortschrittlichen Universität ist, gibt es bisher allerdings noch kein WLAN in Stadtbussen.

Die Stadtwerke Tübingen bzw. die TüBus GmbH sollten diesen Schritt gehen, um damit potenziellen Busfahrgästen, die bisher das Auto nutzen, einen weiteren Grund zu geben, auf den Bus umzusteigen.

Die Auffassung, dass durch WLAN in Bussen nur Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und Schüler*innen auf den Bus umsteigen würden, teilen wir nicht. Denn der Bus wird vor allem bei längeren Strecken oder bei starken Steigungen verwendet. Auf diesen Strecken ist das Fahrrad oder der Fußmarsch häufig keine Alternative zum Bus. Wohl aber das Auto. Durch die Steigerung der Entspannung und des Wohlbefindens durch WLAN in Bussen würde deshalb insbesondere Autofahrer*innen ein Grund gegeben, den Bus zu nutzen und das Auto stehen zu lassen oder ganz auf ein eigenes Auto zu verzichten. Beides wäre im Sinne des Klimaschutzes erstrebenswert. Auch das Arbeiten während der Fahrt für Pendler, die zum Hauptbahnhof oder direkt zur Arbeit möchten, wird in gewisser Weise ermöglicht. Da auch immer mehr Regionalverkehrszüge WLAN für die Fahrgäste bereithalten, ist es sinnvoll auch schon im Bus kostenloses WLAN anzubieten. Durch die durchgängige Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsweg mit Handy und Laptop zu verbinden, wird es auch für Pendler*innen, die weitere Strecken (z. B. nach Stuttgart) bisher mit dem Auto bewältigt haben, attraktiver auf Bus und Bahn umzusteigen. Für die Jugendlichen, die den Bus regelmäßig nutzen wird zudem die Busfahrt deutlich angenehmer und die Zeit im Bus kann von den Jugendlichen effizienter gestaltet und genutzt werden. Insgesamt stellt WLAN in Bussen also für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen keinen Grund dar, auf den Bus umzusteigen. Denn die durch diese Fortbewegungsformen erreichte Flexibilität (sowohl räumlich als auch zeitlich) sowie der damit einhergehende Bewegungsaspekt, Entspannungs- und Erholungseffekt werden in der Entscheidungsfindung weiterhin überwiegen. In anderen Worten: niemand der bisher das Fahrrad nutzt oder seine Strecken zu Fuß bewältigt, wird nur wegen WLAN auf den Bus umsteigen – genauso wenig wie durch eine Taktverdichtung Fußgänger*innen und Radfahrer*innen auf den Bus umsteigen werden. Autofahrer*innen hingegen schon.

Die im Klimaschutzprogramm formulierte Umstellung des Busverkehrs hin zu einem engeren Takt und einer Ausweitung der TüBus-Umsonst-Regelung unterstützt der Jugendgemeinderat zwar ausdrücklich, diese Maßnahmen benötigen jedoch zweifelsfrei noch die Ergänzung um einen kostenfreien WLAN-Zugang in Bussen. Im Klimaschutzprogramm 2030 heißt es auf Seite 24, dass im Sektor Mobilität ein besserer und günstigerer Nahverkehr anzustreben ist. Konkret wird dort das folgende Ziel ausformuliert: "Kurz- und mittelfristiges Ziel ist es, den ÖPNV durch eine deutliche Verbesserung des Angebots und spürbare Veränderungen im Tarif sowie zusätzliche innovative Elemente so attraktiv zu machen, dass er einen deutlichen Beitrag dazu liefern kann, den "Modal Split" innerhalb der Stadt Tübingen weiter zugunsten des Umweltverbunds aus Fuß- und Radverkehren sowie dem ÖPNV zu verändern." (Klimaschutzprogramm 2020-2030 Lesefassung PDF, https://www.tuebingen.de/Dateien/broschuere_klimaschutzprogramm.pdf, zuletzt aufgerufen: 11.02.2022). Aus unserer Sicht gehört zu den angesprochenen "zusätzlichen innovativen Elementen", die "kurz und mittelfristig{..}" realisiert werden sollen, auch, WLAN in Bussen einzurichten. Die Steigerung der Attraktivität durch diese Maßnahme sollte gerade im Hinblick auf die ganze Stadtgesellschaft nicht vernachlässigt werden.

Internet ist in unserer heutigen Zeit, insbesondere für Jugendliche, essenziell, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien und Bürger*innen mit einem kleinen Geldbeutel, die sowieso schon häufig auf den Bus angewiesen sind, wird im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ein Angebot geschaffen, durch das sogar ein Umstieg auf einen kleineren Mobilfunktarif denkbar wäre oder möglicherweise ganz auf einen Vertrag für Mobile Daten verzichtet werden könnte. Da durch die Hotspots der Zugang ins Internet in Bussen, im Gegensatz zu den Mobilfunkverträgen, ohne Volumenbegrenzungen und Geschwindigkeitsdrosselungen möglich ist, würde durch die Maßnahme allerdings jeder Fahrgast profitieren.

Letztendlich handelt es sich bei der Einrichtung von WLAN in TüBussen um eine Investition, die zu einer Erhöhung des Fahrgastaufkommens führen könnte und damit auch zu Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen sind wichtig für die TüBus GmbH.

Konzept:

Auf lange Sicht ist es das Ziel des Jugendgemeinderats flächendeckend in allen Bussen WLAN einzuführen. Der Jugendgemeinderat fordert von der Universitätsstadt Tübingen allerdings zunächst die Einrichtung von WLAN in 20 weiteren Bussen über einen Zeitraum von 5 Jahren - Diese Laufzeit sollte aus unserer Sicht aus den folgenden Gründen nicht verkürzt werden:

- Aus abschreibungstechnischen Gründen
- Die monatlichen Dauertarif-Kosten würden sich bei einer geringeren Laufzeit erhöhen.

Diese zukunftsgerichtete Investition ist aufgrund der vielen Vorteile und, um den Anschluss nicht zu verlieren, aus unserer Sicht schon heute zu tätigen.

Mit freundlichen Grüßen,
Emil Gramm, Mia Boss, Kerem Saglam, Mohamed Amar-Bahida und Aurel Peythieu
(im Namen des gesamten Jugendgemeinderats)

Integrationsrat Tübingen
Münzgasse 20
72070 Tübingen

An die Stadtverwaltung Tübingen

25.02.2022

Antrag: Einrichtung einer Ombudsstelle

Die Stadtverwaltung richtet bei einer passenden externen Einrichtung (bspw. einem Migrationsdienst oder einem Antidiskriminierungsbüro) eine Ombudsstelle (1,0 AK) ein, die zu einem kleineren Teil auch Clearing-Aufgaben übernimmt. Diese Ombudsstelle wird zu einer Anlaufstelle, wenn Menschen in Tübingen von der Verwaltung (möglicherweise) diskriminiert werden.

Begründung

Ombudsstellen sind bei Diskriminierungen eine wichtige Anlaufstelle. Sie folgen nicht nur dem AGG (dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, sondern auch den Menschenrechten). Sie sind parteilich für Anspruchsberechtigte und je autonomer sie agieren desto besser. Deshalb sieht der Integrationsrat diese Stelle nicht bei der Stadtverwaltung angesiedelt, sondern bei einer externen Einrichtung. Der kleinere Teil dieser Stelle soll als Clearingstelle agieren und gegebenenfalls Verweisberatungen ausüben.

Der oben beantragten Ombudsstelle wird das Recht auf Akteneinsicht gegeben. Ebenfalls steht es der Ombudsstelle zu, falls nötig, in einem Fall ein Gutachten erstellen zu lassen.

Das Ziel ist, dass die Stadtverwaltung mit dieser Stelle gemeinsam ihre Fehler erkennt, reflektiert und diese Fehler verbessert. Der Integrationsrat wird bei der Einrichtung der Stelle strukturell miteinbezogen.